Rede des Fraktionsvorsitzenden zur Verabschiedung des Haushalts für das Haushaltsjahr 2025

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Die fetten Jahre sind vorbei“ – so titelte unser Bürgermeister seine Rede bei der Einbringung des Haushalts für das Jahr 2025. In der Tat: die Krise der deutschen Wirtschaft, die man an allen Wirtschaftsdaten und Nachrichten ablesen kann, hat unsere Region, hat Schalksmühle voll erreicht. Besonders die extrem schwache Baukonjunktur belastet gerade unsere heimischen Betriebe der zuliefernden und ausrüstenden Elektroindustrie. 2024 haben wir einen Rückgang der Gewerbesteuer um 7,7 Mio. € zu verbuchen, nur vergleichbar mit der großen Finanzkrise von 2009. Das Defizit im Haushalt 2024 wird rund 6,5 Mio. betragen und bereits 43% unserer Ausgleichsrücklage aufzehren. Die Prognosen für 2025 sind ebenfalls düster, eine Erholung der Wirtschaft ist nicht in Sicht, EU, EZB und Wirtschaftsinstitute sagen für Deutschland bestenfalls eine Stagnation, möglicherweise sogar einen weiteren Rückgang der Wirtschaftsleistung voraus. Der Haushaltsansatz, der zunächst von einem Defizit von weiteren 5 Mio. € ausgeht, scheint realistisch zu sein und erweist sich hoffentlich nicht als noch zu optimistisch! Unsere Rücklagen würden, wenn es so eintritt wie zu befürchten, dann so stark aufgebraucht sein, dass wir ein weiteres Krisenjahr nicht ohne einschneidende Maßnahmen überstünden. Wir müssen zusätzlich davon ausgehen, dass die Mehrausgaben des Kreises im sozialen Bereich, bei den Märkischen Kliniken und der MVG – um nur Bigpoints zu nennen – die Kommunen ab 2026 zusätzlich und deutlich belasten werden. Wir können hier nur an den Kreis und die Kreistagsabgeordneten appellieren, alle Sparpotentiale auszuloten, Standards auf den Prüfstand zu stellen und auch die Personalpolitik kritisch zu hinterfragen bzw. in Frage zu stellen. Die Kommunen sind keine Kühe, die man nach Belieben melken kann! Wenn uns als Kommune von mehr als 23 Mio. € Einnahmen nur gut 7,6 Mio.€ bleiben, weil der Rest abgeführt werden muss, und allein schon unsere Personalkosten mit 8,1 Mio.€ die verbleibenden Einnahmen übersteigen, wird überdeutlich, dass hier eine eklatante Schiefelage vorliegt!

Und dennoch hat die UWG in allen Ausschüssen den jeweiligen Haushaltsansätzen zugestimmt und keine wesentlichen Kürzungen beschlossen. Die Vergangenheit hat uns gelehrt, dass Schnellschüsse oder Kürzungen nach dem Gießkannenprinzip nicht zielführend sind. Selbst der Wegfall ALLER sogenannten „freiwilligen Leistungen“ würde gerade einmal eine Verbesserung von gut 800 T€ bringen, den Haushalt nicht grundlegend verbessern, aber zahlreiche bewährte Strukturen zerstören und uns letztlich allen schaden. Wir als UWG halten es jedoch akut für sinnvoll, Ausgaben, die nicht zu den Pflichtaufgaben der Gemeinde gehören, mit Sperrungen zu versehen, um Sparpotentiale auszuloten oder die Kosten bei den Ansätzen zu deckeln, wie z.B. bei der Musikschule. Parallel dazu richten wir in der Gemeinde fraktionsübergreifend einen Arbeitskreis Finanzen ein, der regelmäßig tagen soll, um die Entwicklungen und Maßnahmen zeitnah zu erörtern und intensiver als bisher Hintergründe von Zahlungen, Verträgen, Standards von Leistungen und Notwendigkeiten von Maßnahmen zu durchleuchten und zu hinterfragen, um daraus Handlungsempfehlungen abzuleiten. Wir verschieben Maßnahmen im Investitionsplan, weil wir der Überzeugung sind, dass wir sie 2025 entweder sowieso nicht oder nicht im vollen Umfang umsetzen können oder, wie z.B. bei der Sanierung und Renovierung des Hotels zur Post, dem Neubau des Feuerwehrgerätehauses oder dem Ausbau der OGS an der Spormecke, im Rahmen einer Überplanung eine deutliche Kostenreduzierung erreichen wollen. Als UWG wollen wir keine Kürzungen bei der Förderung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen. Sie sind durch die Maßnahmenpakete während der Corona-Pandemie schon genug benachteiligt worden. Wir begrüßen es deshalb, dass die bisherigen Ansätze fortgeführt werden und appellieren an alle, verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um geeignetes Personal zu finden, so dass die geplanten Maßnahmen auch wirklich durchgeführt werden können. Das Projekt „TUMO-Box“ sollten wir angesichts der angespannten Haushaltslage ohne massive finanzielle Förderung in Schalksmühle zunächst nicht umsetzen.

Zur Wahrheit gehört, dass wir allein durch Einsparungen keinen ausgeglichenen Haushalt erreichen können. Wir müssen nach unserer Auffassung auch die Einnahmeseite maßvoll verbessern, um uns die Chance zu erhalten, dass unsere Ausgleichsrücklage ausreichen könnte, uns durch die Wirtschaftskrise zu tragen. Deshalb haben wir uns zusammen mit den Fraktionen von SPD und CDU im Rahmen der Diskussion um die Grundsteuerhebesätze dazu durchgerungen, alle Hebesätze um 4% gegenüber aufkommensneutralen Hebesätzen anzuheben und dies auch bei den Hebesätzen bei der Gewerbesteuer so zu halten. Für die UWG ist es immer ein Grundprinzip gewesen, Steuern nur dann zu erhöhen, wenn es unbedingt notwendig ist. Angesichts der düsteren und leider realistischen wirtschaftlichen Prognosen erscheint uns mehrheitlich die Maßnahme perspektivisch richtig, um nicht schon dem neuen Rat ggf. weit drastischeren Entscheidungen in die Wiege zu legen. Über die Entscheidung zu differenzierten Hebesätzen ist bereits im Hauptausschuss intensiv diskutiert worden. Unsere Entscheidung ist im gemeinsamen Antrag ausführlich begründet. Wir haben uns die Mühe gemacht, die anonymisierten Rohdaten der Gemeinde so aufzubereiten, dass die Konsequenzen einheitlicher oder differenzierter Hebesätze für jede Grundstücksart klar ersichtlich wurden. Die grundlegende strukturelle Ungleichbehandlung von Wohn- gegenüber anderen Grundstücksarten hätte der Gesetzgeber durch frühzeitigere und sorgfältigere Planung und Untersuchung der Konsequenzen, so wie wir es getan haben, vermeiden können. Wir haben uns entschieden, die Mehrbelastung – ungeachtet möglicher rechtlicher Risiken, die wir mehrheitlich als nicht so hoch einschätzen – für den Großteil der wohnenden Bevölkerung in begrenztem Maße durch differenzierte Hebesätze abzumildern. Differenzierte Hebesätze wirken sich besonders im Mietwohnbereich positiv aus, wo überwiegend finanziell weniger stark aufgestellte Menschen beheimatet sind.

Es sind schwierige Zeiten und es sind keine schönen Entscheidungen, die wir zu treffen haben. Wir müssen ein wenig darauf vertrauen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger über die Umstände und Hintergründe informieren um damit unsere Entscheidungen zumindest verstehen und nachvollziehen zu können.

Die UWG wird dem Haushaltsentwurf mit allen besprochenen Ergänzungen, Beschränkungen und Verschiebungen zustimmen, auch wenn das Einzelnen von uns erhebliche Bauchmerzen bereitet.

Wir danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, insbesondere aber unserem Bürgermeister Jörg Schönenberg und dem Kämmerer Reinhard Voss für die stets offene und konstruktive Zusammenarbeit, gerade und besonders bei der Beantwortung und Bearbeitung von Fragen rund um den Haushalt.

Unser Dank gilt auch den vielen, vielen Ehrenamtlichen überall in der Gemeinde, die durch ihren Einsatz und ihr Vorbild einen der wesentlichsten Beiträge dazu leisten, dass diese Gemeinde das ist, was sie ist: klein, fein, vielfältig und damit lebens- und liebenswert.

Und den Anwesenden danke ich für ihre Aufmerksamkeit.

Klaus Nelius,

Fraktionsvorsitzender